

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Von Dortmund lernen und die Potenziale von freier Software im Land Bremen systematisch untersuchen**

Der Verwaltungsvorstand der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung vom 10. April 2018 beschlossen, innerhalb ihres Masterplans „Digitale Stadtverwaltung“ die Potenziale von freier Software und offenen Standards im Bereich der städtischen Informations- und Telekommunikationstechnik zu untersuchen. Die Verwaltung wird den politischen Gremien Ende 2019 einen Ergebnisbericht dieser Untersuchung vorlegen. Dortmund ist damit die erste Großstadt in Nordrhein-Westfalen, die systematisch die Potenziale freier Software und offener Standards für ihre Verwaltung untersucht und evaluiert. Laut der Stadt Dortmund könne dies die zunehmende Digitalisierung in der Stadtverwaltung in organisatorischen sowie gesellschaftlichen Aspekten unterstützen. Angestrebt wird unter anderem mehr Flexibilität in Bezug auf Softwareeinsatz und eine Reduzierung der Herstellerabhängigkeit. Dazu gehört ebenfalls der Aspekt der Transparenz als Voraussetzung für eine datenschutzfreundliche Technik sowie die Optimierung des Ressourcenverbrauchs durch „Green IT“. So stellte das Umweltbundesamt bereits 2014 fest, dass freie Software aufgrund geringerer Hardwareanforderungen und längerer Lebenszyklen Ressourcen schonen könnte und somit nachhaltiger ist. Auch könnte eine flexiblere Anbieterwahl die Verhandlungsposition gegenüber Anbietern proprietärer Software stärken.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Programme und Konzepte sind dem Senat zur Einführung freier Software auf kommunaler Ebene in Bremen und Bremerhaven bekannt?
2. Vorausgesetzt derartige Programme und Konzepte sind bekannt, durch welche konkreten Maßnahmen unterstützt der Senat die Erstellung dieser Programme und Konzepte?
3. Beabsichtigt der Senat eine Untersuchung der Potenziale des Einsatzes von freier Software und offenen Standards in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich?
4. Wie bewertet der Senat die Potenziale von freier Software und offenen Standards in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich?
5. Inwiefern fördert der Senat einen interkommunalen Datenaustausch, der auf offenen Standards basiert?
6. Wie bewertet der Senat das Potenzial einer Untersuchungs beziehungsweise Einführung freier Software in Bezug auf Arbeitsplätze am Standort Bremen?
7. Sieht der Senat Möglichkeiten, die Hochschulen im Land Bremen bei der Entwicklung, Untersuchung und Implementierung von freier Software in der bremischen Verwaltung einzubinden?
8. Kann aus Sicht des Senats durch freie Software Menschen mit eingeschränkten finanziellen Mitteln der Zugang zu Software erleichtert werden?

9. Wie bewertet der Senat das Potenzial zur Optimierung der digitalen Kommunikation zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Stadtverwaltung durch freie Software und offene Standards?

Mustafa Öztürk, Dr. Maike Schaefer und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rainer Hamann, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD